

Motion Erich J. Hess (JSVP): Schlachthofareal zum Wohnen und Arbeiten und nicht als Zentrum der islamischen Weltkultur

Die Dachorganisation der Berner Muslimvereine, die UMMA, plant gemäss verschiedenen Zeitungsberichten auf dem ehemaligen Schlachthofareal den Bau eines bis zu 80 Millionen Franken teuren „Islam-Zentrums“. Es soll aus einer Moschee, einem 4-Stern-Hotel, Ausstellungsräumen, einer Bibliothek, einem Museum, Geschäften und Wohnungen bestehen. Gemäss der UMMA soll mit diesem Zentrum der Schweiz die islamische Weltkultur näher gebracht werden. Der Islamismus wird gar als Schweizerische Religion dargestellt. Schmachhaft soll das Ganze durch den Einbezug von Stararchitekten gemacht werden.

Bern braucht nach dem Ja zum Zentrum der Religionen nun nicht auch noch ein weltweit oder zumindest schweizweit ausstrahlendes Zentrum der islamischen Weltkultur, sondern mehr und sichere Arbeitsplätze, neue Firmenansiedlungen und auch familienfreundlichen Wohnraum und dringend neue gute Steuerzahler.

Wir beauftragen hiermit den Gemeinderat um folgendes:

1. Die Idee eines Verkaufes des Schlachthofareals für ein Zentrum der islamischen Weltkultur ist nicht weiterzuverfolgen.
2. Kaufinteressenten haben sich über genügend finanzielle Mittel auszuweisen.
3. Das Schwergewicht ist auf neue Arbeitsplätze und/oder die Schaffung von Wohnraum zu legen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die aktuelle, schweizweite Diskussion über dieses Islam-Zentrum schadet dem Standort Bern und kann potentielle weitere Interessierte Käufer des Areals abschrecken. Eine rasche und klare Stellungnahme des Gemeinderates ist dringend angezeigt, damit sich die Diskussion nicht weiter erhitzt.

Bern, 3. Mai 2007

Motion Erich J. Hess (JSVP), Thomas Weil, Ueli Jaisli, Manfred Blaser, Beat Gubser, Beat Schori, Christian Wasserfallen, Dieter Beyeler, Peter Bühler, Rudolf Friedli, Ernst Stauffer

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Mit GRB 0834 vom 30. Mai 2007 setzt der Gemeinderat beim angestrebten Nutzungsmix für das Dienstleistungs- und Verwaltungsviertel WankdorfCity auf die Stärken Berns. Demnach sind rund 45 % für Dienstleistungen der öffentlichen Hand mit den Themenschwerpunkten Bildung, Verwaltung und Gesundheit reserviert. Etwa 30 % entfallen auf klassische Büronutzung und 15 % sind für ergänzende Angebotsbereiche wie Detailhandel, Gastronomie sowie Entertainment vorgesehen. Optional ist ein Anteil von rund 5 % für Wohnnutzungen denkbar.

Zudem hat der Gemeinderat beschlossen, der Interessentin „Spital Netz AG“ während der ersten Planungsphase eines neuen regionalen Spitalzentrums zwei Baufelder in der WankdorfCity bis 31. Dezember 2007 zu reservieren.

In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat am 30. Mai 2007 die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik beauftragt, seinen Entscheid über den Nutzungsmix auf dem WankdorfCity-Areal dem islamischen Kantonalverband Bern (UMMA) schriftlich mitzuteilen. Im gleichen Brief erfolgte auch die Absage für das geplante Islamzentrum der UMMA auf dem WankdorfCity-Areal.

Am 1. Juni 2007 orientierte der Gemeinderat die Öffentlichkeit mit einer Medienmitteilung über die angestrebte Nutzung auf dem WankdorfCity-Areal und dass er auf die unverbindliche Anfrage des Dachverbands der Bernischen Muslimvereine nicht weiter eintreten würde.

Die Forderungen 1 – 3 der Motion sind heute bereits erfüllt:

1. Das von der UMMA beabsichtigte Islamzentrum auf dem städtischen Areal ist nicht Gegenstand von Verhandlungen. Es wird keine solche Nutzung zum Tragen kommen.
2. Es ist Standard, dass Interessentinnen und Interessenten beim Kauf eines Grundstücks (ebenso bei der Abgabe von Land im Baurecht) einen Finanzierungsnachweis vorlegen müssen.
3. Wie in der Motion Punkt 3 gefordert, liegt das Schwergewicht für das Gebiet WankdorfCity auf der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Bau von Wohnraum ist optional auf rund 5 % des Areals denkbar.

Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die vorliegende Motion hat keine Auswirkungen auf das Personal und die Finanzen der Stadt Bern.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 28. November 2007

Der Gemeinderat